

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Dezemberhälfte 280.— Mf. Einzelverkaufspreis 20.— Mf. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die acht gespaltenen Petitzettel über deren Raum 42.— Mark, auswärtige 46.— Mark, für Veranlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Mf., für Reklamen 185.— Mf. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

# Lübecker

# Volksboten

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 284.

Dienstag, 5. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

## Politischer Verfolgungswahn!

**Sturmchen in der Bürgerschaft!** Die Bürgerlichen maulen, weil sie überstimmt wurden.

Dr. L. Lübeck, 5. Dezember 1922.

Jean Jacques Rousseaus "Bekenntnisse" zu lesen, ist lehrreich. Mit einer Offenheit, die in der Weltliteratur nicht ihresgleichen hat, öffnet dieser gleichzeitig kindlich-sentimentale und dekadente Franzose die geheimsten Fächer seines Herzens.

Zu verfolgen, wie er sich einzureden beginnt, jesuitische Machenschaften seien Grund seines Mißgeschicks im Leben; wie er eines Tages selbst davon glaubt; wie er sich dann an seinem Lebensabend völlig in den jesuitischen Verfolgungswahn verstrickt hat, ist erschütternd.

Die bürgerliche Geistesentwicklung Lübecks hat eine ähnliche Wendung genommen wie bei Rousseau. Mit einigen schönen Redensarten von Demokratie fing es an! Es wurde üblich, immer wieder von sozialdemokratischen "Vergewaltigungen" zu reden und zu schreiben. Und schließlich glaubte man selbst, was man so oft sich und anderen vorgeredet hatte, daß Demokratie gar keine Demokratie sei; daß das Recht der Mehrheit dann keinen Bestand habe, wenn es gegen die gesamten bürgerlichen Parteien ausübt. Mit tragischer Beharrlichkeit jankten düstere Schatten des Wahns über die verwirrten Geister des Bürgertums; ein Traumleben entstand, angefüllt mit Wahnvorstellungen von Vergewaltigung und Diktatur. Diagnose: Politischer Verfolgungswahn!

Gestern abend trat diese Krankheit in ihr akutes Stadium. Tatsächlich trat sie auf; schrecklich in ihrer verheerenden Wirkung auf die betroffenen Geister; erschütternd für die Jünger.

Der Demokrat Klein gab das Stichwort. Ein Mann, der sein ganzes Leben für das Recht der Mehrheit eingetreten ist, hat plötzlich für dieses Grundrecht jeder Demokratie gar kein Verständnis mehr. Ihn hat die neue Form des politischen Beiranzes am stärksten gefaszt; er zittert am ganzen Leibe und macht hofflos tastende Armbewegungen.

Der Vorgang ist einfach: Die Bürgerschaft lehnt mit 34 sozialdemokratischen und 4 kommunistischen gegen 30 bürgerlichen Stimmen den Vorschlag des Senats über die Neubergebnisse der amtlichen Anzeigen ab und verlangt, daß der Volksbote diese amtlichen Anzeigen bekomme. Parlamentarisch und demokratisch eine absolut einwandfreie Willensfeststellung der Volksvertretung.

Man will eben zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergehen, da gibt im Namen aller bürgerlichen Parteien der Demokrat Klein die Erklärung ab: die heutige Abstimmung der Sozialdemokratie zwingt uns, den Verhandlungen

der Bürgerschaft vorläufig fern zu bleiben. Und wie eine flüchtende Schafherde rannten alle bürgerlichen Bürgerschaftsmitglieder aus dem Saal.

Wahrscheinlich hat Klein und mancher andere seiner Kollegen eine schlaflose Nacht gehabt. Ein zynisches „Was nun?“ wird ihm wie Hirngestrüpp und Orgelton in den Ohren gebräusht haben. Und heute morgen wird man höchstlich, hoffentlich eingeehren haben, daß die Parteien des Bürgertums eine riesengroße Dummheit gemacht haben — die Demokraten an der Spitze.

Entweder sie wollten demonstrieren, denn haben sie sich nur lächerlich gemacht. Oder sie haben wirklich die Absicht, den Sitzungen fernzubleiben; dann werden sie sich doppelt lächerlich machen — beim Wiederkommen. Und Lächerlichkeit ist politischer Tod.

Was darf man denn der Sozialdemokratie vor? Daß sie abgestimmt hatte, wie sie wollte, statt wie die Demokraten wollten. Ein Hohngelächter konnte doch nur die Antwort sein! Ausgerechnet die Demokraten, die bei jeder Gelegenheit mit den Deutschnationalen sich verbrüdern, die mit Hilfe deutschöster Stimmen gewählt sind. Die Lübecker Demokratie wird alt, reichlich alt.

Der Wortführer der Bürgerschaft hatte die Situation zuerst erfaßt. Für ihn war die ganze Haupt- und Staatsaktion das etwas unhöfliche Aufmaulen eines verwöhnten Kindes — sonst nichts. Und er hat einfach um etwas mehr Höflichkeit. Aber sie waren schon draußen!

Und nun war der Zustand einfach so, als ob sich alle bürgerlichen Vertreter auf eine Schnapsflasche ins Bortzimmer begeben hätten; und um keine Spur anders! Denn die Erklärung war ja unmöglich, daß sie weniger als nichts bedeutete: Deshalb ging die Sitzung nach kurzer Unterbrechung ruhig weiter; noch nie ist in der Bürgerschaft so ruhig und friedlich gearbeitet worden.

Für die Bürgerlichen aber ist die Lage nun unglaublich fatal. Es gibt für sie nur einen erträglichen Ausweg: geschlossen die Mandate niederzulegen und die Erziehleute einzutreten zu lassen. Auch im Interesse einer geistigen Erneuerung der Rechten wäre solch ein Ausweg zu begrüßen. Kommen sie aber alle treu und brav wieder, so paßt nur eine Etikette: Unsterbliche Lächerlichkeit.

Über die Wirkung ihres merkwürdigen Theatervorstadters auf die sozialdemokratische Fraktion hat sich die bürgerliche Gesamtfront hoffentlich keinem Zweifel hingeben. Nur eine Antwort darauf war und ist möglich: Man geht höhnisch zur Tagesordnung über.

Schlus für drei bzw. fünf Tage ausgesprochen werden. — Die Deutschnationalen beantragen die Errichtung einer Parlamentswache, die den Präsidenten bei Vornahme der Amtshandlungen unterstützen soll. — Abg. Eichhorn (Komm.) verlangt die Streichung dieser Bestimmungen. — Abg. Dr. Kahl (DP) lehnt diesen kommunistischen Antrag ab und äußert Bedenken gegen den Antrag Braun-Pfeiffer. (Während seiner Ausführungen kommt es zu lebhaften Lärmzünden, die dem Präsidenten Veranlassung geben, besonders den Abg. Höhlein zur Räumung zu ermahnen.) — Abg. Höhlein (Komm.) wendet sich in fast einstündigter Rede und unter wütigen Bekämpfungen der Abgeordneten und der Geschäftsführung der Vizepräsidenten gegen diese „Lex Höhlein“. Wir Kommunisten werden keine Standesszenen proroketieren, aber uns mit Energie gegen jede Mundtotmachung wenden. — Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) befürwortet den Antrag Braun-Pfeiffer. — Abg. Kopisch (Dem.) lehnt jede Milderung ab.

Nach Erledigung der Abhören, die sich in der Hauptfache mit der Abstimmungstechnik beschäftigen, werden die Abstimmungen vorgenommen. Zum Kapitel „Redezeit“ findet der sozialdemokratische Antrag Annahme, der die Redezeit auf eine Stunde festlegen will. Die „Ordnungsbestimmungen“ werden unter Abstimmung der Abgeordneten in der Ausschusssitzung angenommen. Damit ist die erste Sitzung beendet; die Vorlage geht zur zweiten Sitzung an den Ausführung.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. Tagesordnung: 7. Nachtragssitzung; Ruhegehalt des Reichspräsidenten.

Schluss gegen 6 Uhr.

## Die Krise.

Genf, 5. Dezember.

Die gestrige Sitzung der Orientierungskonferenz versiegt der Beratung, ohne daß der Zeitpunkt der nächsten Sitzung bestimmt werden würde. Die Empfindung war nach der Sitzung allgemein die, daß man haarscharf an einem Bruch vorbeigekommen war. Die Zurückhaltung Italiens, Frankreichs und Amerikas in der gestrigen Sitzung fiel allgemein auf. Gestern nachmittag um 4 Uhr sind die hervorragenden Mitglieder der türkischen Delegation von dem amerikanischen Admiral Bristol empfangen worden, der, wie es heißt, einen Vermittlungsvorstoß zwischen Rußland und der Türkei einerseits und England andererseits unternehmen will.

Dollar 8400.

## Das bedrohte Rheinland.

Cunos schöne Bereitschaft.

Die Konferenz von London ist endgültig auf den kommenden Sonnabend angelegt worden. Poincaré wird den Vertretern Englands, Belgiens und Italiens einen ausführlichen Plan zur endgültigen Regelung der Reparationsleistungen und der internationalen Schulden vorlegen. Es scheint, daß sich die englische Regierung nicht weigern wird, den Plan als Verhandlungsgrundlage anzuerkennen. Das ist ein Fortschritt. Aber ein Fortschritt, mit dem noch nichts gewonnen ist. Es fragt sich, wie sich die anderen Mächte zu dem Plan stellen werden. Nach den bisher vorliegenden Ausführungen wird Poincaré die Streitungen der französischen Schuld an England und eine beträchtliche Heraufsetzung des französischen Reparationsanteils fordern. Es liegt kein Grund vor, zu bezweifeln, daß Poincarés Vorschläge in dieser Richtung liegen. Zu gleicher Zeit vorlautet aber auch, daß Mussolini für Italien dieselben Forderungen stellen wird. Das liegt ganz auf der politischen Linie des italienischen Nationalistenführers und Diktators.

Von ausschlaggebender Bedeutung ist das Verhalten Englands diesen Forderungen gegenüber. Auch ein vom besten Willen besetztes England kann an eine endgültige Regelung in dieser Form nicht denken, ehe nicht Klarheit über die Haltung der Vereinigten Staaten herrscht. Die Verhandlungen, die zwischen England und den Vereinigten Staaten in dieser Beziehung schwanken, werden aber im günstigsten Falle erst im Laufe des Januar beendet sein. England ist also gezwungen, eine Vertagung der Hauptkonferenz von Brüssel um mindestens einen Monat zu verlängern, d. h. da die nächsten Reparationsräte, auf die diesmal Frankreich Anspruch hat, am 15. Januar und 15. Februar nächstes Jahres fällig sind, die Vernunft gebietet, ein neues kurzes Moratorium für Deutschland anzusezen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorzusehen, daß Poincaré sich diesem Gebiet der Vernunft widersehen wird. Er hatte sich bereits auf der vorherigen Konferenz von London vorzeitig auf Maßnahmen festgelegt, die von einer Annexion der Rheinlande und einer Besetzung des Ruhrgebiets nicht weit entfernt waren. Wenn er trotzdem, wie es an und für sich die Vernunft erforderte, von Gewalttätigkeiten absah, so mußte das in Folge seiner verfehlten Taktik wie ein Rückszug, wie ein Misserfolg wirken. Diesmal hat Poincaré denselben Fehler wiederholt. Er kündigte von neuem die Annexion der Rheinlande und die Besetzung des Ruhrgebiets für den Fall eines Fehlschlags der Konferenz an. Daß er einen Teil der offiziösen Drohungen offiziell zurücknahm ließ, hat nicht zur Verstärkung seiner an und für sich erschütterten Position beigetragen. Er wird sich also in London auf eine vorläufige Vereinbarung nicht einlassen können, wenn er als Ministerpräsident nach Frankreich zurückkehren will.

Da Poincaré sich nicht nur immer als Nationalist und Anhänger der gewaltfaulen Lösung ausgegeben hat, sondern da er auch von einem starken persönlichen Ehrgeiz getrieben wird, ist anzunehmen, daß er es vorziehen wird, als Ministerpräsident nach Frankreich zurückzukehren, d. h. er wird sofort nach seiner Rückkehr Maßnahmen vorbereiten, die einer Annexion der Rheinlande und einer Besetzung des Ruhrgebiets gleichkommen. Das bedeutet: das deutsche Volk und die deutsche Regierung müssen damit rechnen, daß am 15. Januar Frankreich das Rheinland und das Ruhrgebiet aus dem deutschen Reichsverbande heraushält. Was das heißt, braucht nicht gesagt zu werden.

Was tun die Regierung Cuno angehört dieses nahenden Unheils? In seiner Programmrede nannte Cuno sein Ministerium ein Kabinett der Arbeit und nicht der Worte. Nach der Sonntagsrede vor den Pressevertretern kann man allerdings feststellen, daß Herr Cuno kein Mann der Worte ist. Das wäre zu verschmerzen, wenn er ein Mann der Taten wäre. Wie steht es mit diesen Taten? In der Rede vor den Pressevertretern erklärte Kanzler Cuno, er sei bereit, mit Frankreich von Mann zu Mann zu verhandeln. In einem Dichterwort heißt es zwar: Bereit sein ist alles, aber in der Situation, in der wir uns befinden, genügt diese schöne Bereitschaft nicht mehr, es muß gehandelt werden. Und von Handlungen hat man bisher nichts gehört. Wir befürchten, man wird auch nichts eher davon hören, bis es zu spät ist.

## Ein Kabinett Tardieu-Louchent?

Paris, 4. Dezember.

Die Erörterungen über die Wahlbereitschaft einer baldigen Ministerkriese in Frankreich dauern fort. Tardieu's „Echo National“ veröffentlicht heute unter dem Titel „Auf dem Wege zu einem Kabinett Tardieu“ einen Auszug aus dem in Lille erscheinenden Zeitung „La Dépêche“, der Poincarés Rücktritt als sicher bezeichnet und Tardieu zu den ausichtsvollsten Nachfolgern erklärt. Hauptmitglied des Kabinetts würde nach dem vorher angedrohten Rücktritt sein.



# Die Franzosen im besetzten Gebiet.

„Die Gute“ bringt in ihrer neuesten Nummer die Wehrzeitung sehr interessanter Berichte, die der Korrespondent des „Manchester Guardian“ seinem Blatte aus dem besetzten Gebiet geschrieben hat. Diese Berichte geben zuverlässige Beweise, wie verschieden das heißt: zurückhaltender und weiser die Amerikaner, Engländer und sogar die Belgier sich benehmen, im Vergleich zu den Franzosen!

Hier einige Stichproben:

„9600 deutsche Familien suchen in Mainz eine Wohnung, und unter diesen sind 2753 mit mehr als 10.000 Personen obdachlos. In den ärmsten Stadtteilen hausen 6 bis 8 Menschen in ein bis zwei Räumen. Die Franzosen haben ungefähr 355 Wohnhäuser und 1944 Zimmer beschlagnahmt. Franzosen mit oder ohne Familien sind in 1184 deutschen Haushaltungen einquartiert und 150 Privatflüchen werden von französischen Familien benutzt. Etwa 150 Einquartierungen wurden in Verwaltungs- und städtische Gebäude gefegt. Drei Schulen müssen für französische Kinder geräumt werden. 30 deutschen Schulklassen mit je 26 bis 30 Kindern fehlt die Unterrichtsmöglichkeit, viele Kinder können nur unregelmäßiger Unterricht empfangen und viele Klassen müssen zusammengelegt werden. Die Unterbringung der Kinder in ungünstigen Räumen bedeutet die stärkste Beeinträchtigung, die durch die französische Besatzung verursacht wird.“

„Tagesüber hört man von Zeit zu Zeit laute Explosionen — deutsche Arbeiter sprengen die alten Wälle und Tore, die schon nach der Erfindung des Schiebpulvers unverwendbar geworden waren. Ummunitionen von Mauer- und Ziegelwerk werden durch Dynamitladungen in die Lüfte geschleudert. Findet der beauftragende Franzose, daß die Stücke noch zu groß geblieben sind, so müssen sie nochmals gesprengt werden, damit sie ja nicht den Deutschen im nächsten Kriege zur Artilleriedeckung dienen können. Diese ausgedehnte Zerstörungsarbeit, sie reicht von Mainz bis Basel, wird nun schon vier Jahre lang verzichtet...“

Die Auslagen für die Unterhaltung der Theater und Kinos, die von den alliierten Militärbehörden für ihre Truppen gefordert wurden, haben bis Ende Dezember 1920 10 729 219 Papiermark oder 31 556 Pfund betragen.“

„Weder die belgischen, englischen oder amerikanischen Armeen haben die deutschen Behörden gezwungen, Bordelle zu unterhalten, aber die Franzosen haben in Ems, Siegburg, Kostheim, Kaiserslautern, Landau, Ludwigshafen, Mainz, Fort Weisenau, Bingen, Langenschwalbach, Höchst a. M., Wiesbaden, Griesheim, Düsseldorf, Spire, die Bordelle errichtet, aus deren Verwaltung den Deutschen erhebliche Kosten erwachsen.“

„Bis Ende März 1921 hatten die Deutschen für den Post-, Telefon- und Telegraphendienst der alliierten Armeen Aufwendungen zu machen, im Gesamtbetrag von 35 345 551 Papiermark, von denen die Amerikaner 1 905 627, die Belgier 2 019 247, die Engländer 6 256 508, die Franzosen aber 25 164 161 Mt. verursacht haben.“

## Radeles Kritik.

Die kommunistische Partei — ein Parteikonventikel.

Von allen Führern der kommunistischen Internationale kennt Karl Radek ohne Zweifel die europäischen Verhältnisse am besten. Aus all seinen zahllosen Artikeln spürt man, daß er genau weiß, daß eine andere Politik als eine sozialdemokratische in Europa für die Arbeiterbewegung überhaupt unmöglich ist. Er kennt auch zur Genüge die vollkommen unpolitische, sterile und abstrakte Einstellung der kommunistischen Agenten, die mit Moskauer Geld die russischen Filialen in Europa unterhalten. Auf dem Weltkongreß der kommunistischen Internationale stand er sehr bezeichnende Worte zur Charakteristik der europäischen kommunistischen Parteien. Er schreibt ihnen folgendes ins Stammbuch:

„Es ist bezeichnend für den Stand der Arbeiterbewegung, daß sogar unsere kommunistische Agitation in den Ländern, wo wir die besten Parteien haben, noch einen abstrakten Charakter trägt, daß sie nicht von der Leidenschaft von Menschen getragen wird, die überzeugt sind, daß sie wirklich um erreichbare Ziele kämpfen. Alles macht noch den Eindruck einer Agitation, und wenn wir nicht wollen, daß alle unsere Debatten an Blutmangel sterben, daß alle unsere Debatten die Bedeutung eines Parteikonventikels haben, in denen man nur die Möglichkeiten diskutiert, so müssen unsere Parteien in der Tat praktisch eine ganz andere Politik

treiben. Wir müssen bei uns die Aenderung vornehmen, bevor wir sie bei den Massen durchführen können.“

Es ist ja bekannt, daß Radeles Sohn Junge sich in der abschreckenden Weise auch über die deutschen Kommunisten oft genug geäußert hat. Wenn er freilich in der beweisenden Lage wäre, gelegentlich Herrn Iwan Kaz oder auch Herrn Werner Scholem im Preußischen Landtag toben zu hören, vielleicht wären dann seine vorsichtig formulierten kritischen Erwähnungen noch etwas schärfer ausgefallen. Der Kratzel, der dort und an anderen Stellen von diesen Herrschäften aufgeführt wird, berechtigt vollkommen zu der Vermuthung, daß alle Debatten, die die KPD. inszeniert, nur „die Bedeutung eines Parteikonventikels“ haben, auf den selbst die Beteiligten kaum noch hören, da sie sich selbst nicht mehr ernst nehmen.

## Die Moskauer Abrüstungskonferenz.

Warschau, Ende November. (Eig. Ber.)

Am 30. November begann in Moskau auf Einladung der Sovjetregierung die Abrüstungskonferenz, um deren Zustandekommen man sich von Moskau aus schon seit Wochen bemüht hat. Von anderen Staaten nahmen an dieser Konferenz Polen, Finnland, Estland und Lettland teil. Polen vertritt dabei zugleich Rumänien. Ob die polnische Bekämpfung von einer Beteiligung Litauens zutrifft, muß vorläufig noch bezweifelt werden. Man kann nicht behaupten, daß die Moskauer Abrüstungskonferenz nur eine Karikatur ist; jedenfalls ist sie es aber zum Teil. Gewiß besteht wohl auf beiden Seiten der Teilnehmer der Konferenz gegenwärtig ein starkes Friedensbedürfnis. Keine der Parteien hat über die ehrliche Wohlthat, ihre Kriegsbereitschaft ehrlich zu verneinen, schon aus dem einfachen Grunde, weil keiner dem andern traut. Die Konferenz ist überhaupt nicht deswegen zustande gekommen, weil die Abrüstung ein gemeinsamer Wunsch der Teilnehmer war, sondern weil die Nachkrieger Rumäniens sich freuen, sich durch Abschaffung einer „pazifistischen“ Konferenz in ein leichtes Licht zu stellen.

Vermutlich wird die Konferenz auch ohne wirkliches Ergebnis ausenden. Polen hat sich mit den baltischen Staaten auf einer Konferenz in Riga bereits darüber verständigt, welche Taktik in Moskau eingeschlagen sei. Soviel bisher bekannt geworden ist, wird Polen alle militärische Abrüstungsvorschläge mindestens soweit sie Polen selbst betreffen, ablehnen, und statt dessen einen Vertrag nach dem Muster des Lloyd George-Vertrages in Genua vorschlagen, der alle Beteiligten bindet. Polen hält außerdem schon die bereits früher benutzte Ausflucht bereit, daß Sonderabkommen in der Abrüstungsfrage nicht zulässig seien, da sie mit den Abrüstungsbestrebungen der Völker sich freuen könnten.

## Deutschvölkischer Schnaps.

Deutschvölkische Gesinnung übertrumpft jede Universalität.

Wir lesen in der „Münchner Post“:

Am 21. Oktober verkündete der „Völkische Beobachter“ den Ruf nach eines deutschvölkischen Wissenschaftlers. Unter dem Titel: Ergebnisse auf der Akademikerzusammenkunft in Leipzig, las man im Organ Hitlers folgendes:

„Im Akademiersaal zu Leipzig hatte ein junger Dr. Clem. Wilm Günther, einen großen Erfolg mit seinen Erfundenen, die der Wissenschaft gemaß neue Wege auf dem Gebiete der Chemie erschließen.“

Dr. Günther wies in erster Linie nach, daß das bisher vom Ausland bezeichnete kostspielige Terpentin auch auf synthetischem Wege hergestellt werden kann, wobei nur sonst minderwertige und wenig gefährliche Abfallprodukte erforderlich sind. Ein auf solch neue Art hergestelltes Terpentin steht an Qualität der Auslandsware gleich und beläuft sich der Preis auf höchstens ein Drittel des gegenwärtig üblichen.

In ähnlicher Weise erklärte Günther, daß auch Alkohol auf bisher unbekannte synthetische Methode hergestellt werden könne, eine Erfahrung, die für das ganze deutsche Wirtschaftsleben einen neuen Aufschwung bedeuten würde, wenn man bedenkt, daß Seither zur Alkoholherstellung die kostbarsten Lebensmittel verwendet werden müssten.

Mit stürmischem Beifall wurde auch die Günthersche Theorie zur Bekämpfung der Gonorrhöe aufgenommen. Der Grund aug liegt darin, daß die Verursacher der Gonorrhöe, nämlich die Gonokokken, künstlich gezüchtet werden, eine besondere Art derjenigen mit dem von Günther erfundenen Stoff geimpft und so dann in das Blut des Kranken eingespritzt wird. Die Versuche hierüber wurden in München ausgeführt und war das Ergebnis

in höchstem Grade befriedigend, nachdem sogar chronische Leiden mit Sicherheit geheilt werden können.

In Anbetracht dieser Leistungen hatte Günther einen großen Erfolg, während jüdische Wissenschaftler, die ursprünglich Einwände vorbrachten, die Darlegungen Günthers nicht entkräften konnten. Dutzende von Lorbeerkranzen wurden Günther aus Anerkennung gespendet, wobei insbesondere Gelehrte norddeutscher Universitäten ihre Sympathie zum Ausdruck brachten.“

Es ist ein tragikomisches Ereignis, daß ausgerechnet die Münchener Polizei diesen deutschvölkischen Schwinder entlarven mußte.

Der angebliche Chemiker Dr. phil. A. v. Günther führte in München seine epochenmachende Erfindung, aus Torf und Terpentin Schnaps zu gewinnen, einem Kaufmann vor. Aus einem Apparat, der mit Torf gefüllt war, floß wirklich wohlschmeckender Schnaps! Der „Chemiker“ v. Günther hatte vorher in dem Apparate eine Schnapsflasche versteckt. Der Kaufmann fiel auf die Täuschung herein und war von der Genialität des Erfinders unsofern überzeugt, als dieser von einer angeblichen Akademikerversammlung aus Leipzig mit Lorbeerkranzen heimkehrte, die ihm nach seiner Versicherung als Anerkennung für seine Erfindungen überreicht worden waren. Der Kaufmann sorgte zunächst dafür, daß der „Völkische Beobachter“ den Ruf nach diesem großen Mannes auspostierte. Dann suchte und fand der Kaufmann einen Geldgeber, der sofort im Westen Münchens einen Neubau für die Torf Schnapsfabrik erbauen ließ und den Bau der notwendigen Maschinen in Auftrag gab.

Der Chemiker Dr. A. v. Günther ließ sich inzwischen an der Universität als Hörer einschreiben und verkehrte in studentischen Krämergeschäften.

Aber schließlich kam der Schwund auf, der Dr. phil. und Chemiker entpuppte sich als 20jähriger Schlosser, der bis zum August dieses Jahres in der Eisenbahnwerft Ingolstadt gearbeitet hatte. Der Geldgeber ist um 200 000 Mark geschädigt, am Bau und an den Maschinen verloren, da beim gegenwärtigen Preis die Auslagen für Bau und Maschinen deutlich. Einem zweiten Opfer nahm Günther 80 000 Mt. ab.

Der „Erfinder“ sitzt jetzt in Untersuchungshaft und die deutschvölkische Redaktion reibt sich das Hirn. —

## Wirtschaft.

Keine Erhöhung der Frachten für Kartoffeln und Obst. Die am 1. Dezember d. J. eingetretene Erhöhung der Gütertarife zieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst. Hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft. Zur Schonung des Exportguttarifes wird ferner das Mindestgewicht von 10 auf 5 Kilogramm herabgesetzt. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die starke Tariferhöhung der letzten Monate in einem Unterauskuß der ständigen Tarifkommission eine Änderung der Güterklassifizierung beraten worden, die die Verbilligung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel, und die Ermäßigung für Stück- und Gilgefahrten bewirkt. Die Zeit des Inkrafttretens dieser Maßnahmen, die noch mit den Verkehrsverträgen beginnen werden, steht noch nicht fest.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 5. Dezember.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

4. Dezember 2. Dezember.

Amsterdam	1 fl.	9316.68	3231.90
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	540.14	588.65
Kristiania	1 Kr.	1501.23	1506.22
Kopenhagen	1 Kr.	1655.85	1633.40
Stockholm	1 Kr.	2184.50	2184.57
Helsingfors	1 finn. Mk.	206.48	207.48
Rom	1 Lire	406.98	399.—
London	1 £	37057.10	36907.50
New York	1 Doll.	8829.12	8299.37
Paris	1 Frs.	588.62	581.04
Zürich	1 Frs.	1371.06	1546.12
Madrid	1 Pesetas	1274.30	1266.82
Wien	100 Kr.	11.82	11.52
Prag	1 Kr.	262.84	260.84
Budapest	100 Kr.	3.59	3.52

Am Nachmittage hielt Jan es nicht mehr länger im Hause aus. Während Amandotzen mit einem Wollstrumpf in der Hand und das Kindes unter dem Arm strömend durch die Städte ging, schritt er zur Post für Haus auf die Treppe; er mußte mit sich selbst ins reine kommen. Draußen war alles öde und kahl. Der Wind umföhnte seine heiße Stirn; er wurde wieder ruhiger und besonnener. Zu einem Entschluß aber gelangte er nicht.

Sein Herz zog ihn zu Frauke Steffens. Sie war seit Jahren die Erwählte seines Herzens; ihr gehörte seine einzige und ganze Liebe. Und Tine? Sie war ihm lieb wie eine Schwester. Sie war seine Jugendfreundin. Sie hatte Wohlstand von ihren Eltern empfangen, die unvergolten geblieben waren. Er hatte Tine nie gewarnt, als es an der Zeit war; aus Bequemlichkeit hatte er es verlassen. Sein Bruder hatte an Tine gesündigt, gewollt hätte er das kleine Schneewittchen auf sich gerissen haben. Die Tante hatte es geahnt, sie wollte es auf ihrem Sterbebett gut machen und er, Jan Thomos, es sträubte sich, das Mädchen auf den Platz zu stellen, der ihm zufiel? Warum? Weil er eine andere lieber hatte? Sollte Tine deshalb in den Tod gehen? Ging Liebe über Pflicht?

Aber diese andere war eine edle, reine Jungfrau, klug und gut; und sie liebte ihn.

Aber ließ sich die Sache denn nicht mit Geld gut machen? Wenn er ihr alles Geld gäbe, was auf der Sparkasse war — aber nein, das wäre schändlich. Niemand sollte Tine sicherlich nie gedacht, um Geld gab sie nicht ihre Mädelchen hin. Tine war feinfühlig. Es ließ sie auf den Tod verwunden, wollte er mit ihr von Geld reden.

Solche Gedanken stürmten auf Jan ein, als er um die Hecke, von einer Tanne in die andere schritt. Neugierig schauten die laufenden Schafe nach ihm um. Seine Füße sankten bei jedem Schritt tief in den feuchten Erdoden. So versiegte er endlich die Fesseln und trat auf den Weg.

Dort lag der Kirchhof direkt vor ihm. Ob er wohl einen Augenblick an die Gräber der Verstorbenen trat und ein Gebet sprach? Vielleicht, doch ihm dann die Erleuchtung würde.

Er blieb an der Kirchhofspforte stehen; aber es zog ihn nicht zu den Gräbern. Keine Saite in seinem Herzen klang bei der Erinnerung an die Toten; er hatte zu wenig Liebe von ihnen erfreut.

Langsam, mechanisch ging er weiter. Jetzt kam er an des Kantors Garten. Schmücktigen Blüten spähte er die steile Stiege entlang wie ein hungriger Bettler, der draußen an der Pforte des Reichs steht. Fortsetzung folgt.

## Spättinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

81. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

„Weiß ich alles“, murkte Amandotzen ab. „Tine hat mir alles gesagt, daß du sie nun freien willst, und...“ Jan räusperte sich, sie ließ ihn jedoch nicht zu Wort kommen — eigentlich ist es auch nicht mehr als recht und billig. Eigentlich sollte ich böse sein, doch du nicht ein bißchen auf die Deern aufgepaßt hast und sie gehabt gehabt hast, wo Tat so einer war. Er hat sie richtig bestellt —, denn Tine ist ein anständiges Mädchen. Na, du wirst mir ihr nicht betrogen, sie ist arbeitsam und sparsam, und jung und schmuckt sie doch auch. Was willst du mehr verlangen? Und du tuft deine Pflicht an ihr, daß du sie wieder zu Ehren bringst, denn mit Geld läßt sich so was nicht gut machen.“

Tat dachte nicht mehr daran, die Frau zu unterbrechen. Er saß, die Hände in der Tasche, säief, in nachlässiger Haltung auf kleinen Stuhl und starrte vor sich hin.

„Ja, nun kann ich es endlich auf meine alten Tage auch noch ein bißchen gut kriegen.“ fuhr sie fort. „Das hab' ich wohl verdient an deine selige Mutter. Wie hab' ich sie gehegt und gebegegt. Ich allein hab' ihr die Augen zugedrückt, als sie eingehauen ist, und euch hab' ich mit mir herüber genommen und hab' so arm ich war, mein bißchen Eulen mit Euch geteilt. Was hab' ich davon gekriegt? Nichts als einen heiteren Dreitolzenhut.“ Bei dem Gedanken an den Stutzen übernahm sie die Führung. Sie führte ihren Schürzenzipfel an die Augen.

„Aber nun ist alles gut. — Denn wenn du Tine nicht heiraten würdest, dann könnte sie man ins Wasser gehen, anderen statwürkte ich nicht.“

Tat lächelte auf. Er hatte mehrmals die Frau unterbrochen: er hatte rufen wollen: Es ist ein Verbum: ich kann Tine nicht heiraten, aber ich will etwas für sie tun — Geld! Tats, der Redeflux der Frau erschöpft war, fand er kein einziges Wörtchen zur Entgegnung.

Als Amandotzen nun zum Schluss fragte: „Wie richten wir es denn ein?“ — da legte er die Hand an seine Stirn, wie jemand, der heftige Kopfschmerzen hat, und antwortete: „Ich will's überlegen.“

Jan ging Amandotzen mit aufgeregter Mine zurück in die Küche.

Als Jan allein war, saß er nach lange Zeit wie erstaunt. Seine der Worte, die der Mund des Weibes ohne Vorbedacht herausgeprudelt hatte, traf ihn wie ein wahlgezielter Konsenkoplug.



## Freistaat Lübeck.

Dienstag, 5. Dezember.

### Auszug aus Ägypten.

Bürgerliche Sondervorstellung in der Bürgerschaft.

Das muß man gesehen haben. Wie das gesamte Bürgertum im Lübecker Rathaus sich plötzlich aufzäumte! Wie ein trostlos schmierer Schimmel, der an seinem Leben verzweifelt. Sich aufzähmt mit wildem Blick und dann müde und langsam hinweggleicht.

Ganz merkwürdig entwickelte sich das kleine Revolutionschen gestern abend. Man hatte über das Amtsblatt abgestimmt! Mit 38 gegen 30 Stimmen wurde der Antrag des Ausschusses abgelehnt. Nach Man Riese und nach dem Abz. jeder Demokratie war damit die Sache völlig ordnungsmäßig und demokratisch erledigt. Aber nur für Erwachsene! Kinder haben ihre besagten Spielregeln. Schau auf der Straße einem Kinderspiel zu! ganz ruhig und schön geht alles vor sich. Die einen gewinnen, die anderen verlieren. Da verbüßt sich plötzlich das Gesicht der Verlierer; Tränen verschleiern die Augen; und bäh! bäh! geht's los: ich mache nicht mehr mit; ich habe doch gewinnen wollen; ich sag' es der Mutter; bäh! bäh!

So und nicht anders war es gestern. Ein Verhalten für kleinste Kinder, aber nicht für völlig ausgewachsene und größtentils grauhartige Volksvertreter. Jedenfalls muß man so was gesehen haben.

Wie einst vor den undemokratischen Launen des Königs Pharaos die Kinder Israels die Fleischköpfe Ägyptens verließen und dem roten Meer entgegen wanderten; so flüchteten gestern die bürgerlichen Parteien vor der Demokratie der Lübecker Bürgerschaft. Moses aber war Klein, der Oberdemokrat. Selbst da mein Sohn Brutus? soll schon Pharaos seinem lieben Wassermann Moses nachgerufen haben.

Und den Auszug selbst! So etwas muß man erst recht gesehen haben. Moses Klein stolz mit dem berühmten Wetterstab (nicht zu verwechseln mit dem neuaufgeblühten Stabe Arons) vorweg — vorne mit Trompetenstall, Herr Quintilius Varus. Kompetenzstall? Ganz, der Tambourmajor der Hausschützen wies die Trompete und schlug die Pauke; beides mit den Händen. Und sein niedlicher Zwillingsschuster, das großschlächtige Zwittrprodukt von Sprungfedermatratze und füllstöckiger Phantasie zupfte dazu den Komtrapunkt... die ganze Kompanie... Nur Fräulein Kolza kam nicht recht mit und die runde Frau Zimmermann; wenn Heerschaaren über Land ziehen, bleibt der weibliche Trost immer etwas zurück. Das ist der Welt Laut. In eztu Israel...

Still wurde der Saal. Kein bürgerliches Geheim schmückte mehr die rote Halle. Nur ein Knie war zurückgeblieben; und das war ein Knie — sonst nichts. (Siehe Christian Moritzsen!)

Noch nie hat die Bürgerschaft solch friedliche und schnelle Arbeit geleistet, wie gestern nach dem Verdunsten der vereinigten Rüddelmaudelsstreitkräfte. Wie ein Friedensengel schwante es weihnachtlich fast durch den Saal. Wenn es die Herren zwischen hund und klein gut meinen mit den Staatsfinanzen und der Bürgerschaft, so bleiben sie wortlos bis Januar zu Hause. Die Bürgerschaft spart dann die Hälfte der Sitzungen, und der Schweif des General-Anzeigers kann anderer Verdrehungskunst naßbar gemacht werden.

Leider werden sie schon in der nächsten Sitzung wiederkommen; im Laufschritt wahrscheinlich. In in te oita Israel...

Ach, auch ohne die bürgerliche Einheitsfront wurde die lange Tagesordnung erledigt. Noch besser und ruhiger als üblich. Die Querstreiter und Staatsmittelverweigerer waren ja entshwunden. Und zum erstenmal hat der Staat bei den Bürgerschaftsverhandlungen Erfahrungen gemacht. 91 Pfg. kostet der gedruckte Buchstabe im Protokoll... Mit wenig Widerspruch gelangte ein Senatsantrag nach dem anderen zur Annahme. Selbst die Theaternvorlage sowie die Abgabe für das Juwelenschwestern und die Stockherrleinigung. Die Hundestuer wurde etwas verschärft. Die Rechte kann nun wieder in ihrem Amtsblatt, dem General-Anzeiger ein Triumphgeheul über die Belastung der Bevölkerung durch die Sozialdemokraten anstimmen. Wie die Fama erzählt, waren aber die vereinten Rückkehrteller gezwungen worden, Farbe zu bekennen und ihren negierenden Standpunkt zu verlassen. Ihre Courage verschonte sie vor diesem steinernen Kreuzblüd muss der Mensch haben! Dass das Gelehr über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik eine Verschärfung erfuhr, dagegen kämpfte der ständige Senatskommissar zwar, aber wenn keine Avantgarde, die "Demokratie" so komisch auffährt, dann hat die Linke eben die Pflicht, zu zeigen, dass sie wirklich demokratisch ist. Wer nicht hören will, muss fühlen. So ist es, meine Herren. Wollen Sie das Tänzlein völlig ausspielen? Dann bitte, wir treten an.

### Das Domparadies.

Auf der Versammlung des Vereins für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde am 29. November sprach Dr. Ing. Hugo Raabt über: „Unser Domparadies und seine Bedeutung“.

Die gegenwärtige, bekanntlich Paradies genannte Vorhalle des Domes kam nach der umfangreichen, einem teilweise Neubau gleichkommenden Wiederherstellung in den Jahren 1878/79 und 1885/87 weitgehend bezüglich ihres Neufassens nur als eine, wenn auch im wesentlichen getreue Kopie des ursprünglichen Gebäudes bezeichnet werden; den Zustand vor der Wiederherstellung erläuterte der Vortragende an der Hand der vorstrei-

lichen photographischen Aufnahmen Nöhrings. Die Bezeichnung der kirchlichen Vorhallen und Vorhöfe als Paradies läßt sich bis in die altchristliche Zeit zurückverfolgen. Wie das Lübecker Domparadies nachweislich zu Gerichtsverhandlungen und Almosenverteilungen benutzt wurde, so dienten auch die Vorhallen anderer Kirchen verschiedenen Bestimmungen, was besonders gut von dem Paradies der Altstädter Kirche zu Werden a. d. Ruhr bezeugt ist. Die reichsgliederte durchsichtliche Architektur unseres Domparadieses, die schon früher auf rheinische Vorbilder zurückgeführt worden ist, läßt sich namenlich mit der südlichen Vorhalle der Kölner Kirche S. Maria im Kapitol und dem östlichen Paradies der Altstädter S. Maria-Pfarrkirche vergleichen, während die Schnitzformen des Innern, im besonderen des prachtvollen Portals, sich an Kirchenbauten Kölns, am Münster in Bonn, der Pfarrkirche zu Andernach und anderen Kirchen dieses rheinischen Kunstkreises ganz ähnlich wiederfinden. Auch das Bogensfeld des Portals mit den beiden die Mandorla Christi haltenden Engeln ist nahe verwandt demjenigen eines Portals der Andernacher Kirche, ohne jedoch die hervorragenden künstlerischen Eigenarten dieses letzteren zu besitzen, sodass für das Relief des Lübecker Bogensfeldes nur etwa ein Schulzusammenhang mit Andernach bestehen könnte. Auf rheinischen Ursprung weist schließlich auch das Material der ursprünglichen, jetzt im Museum aufgestellten Säulen aus lohfarbigem Kalkstein und einer Säulenhälfte aus Trachyt des Siebengebirges hin. Für die Errichtung der Vorhalle, die etwas später anzusehen ist als die erwähnte rheinische Kirche, ist mit großer Wehrhaftigkeit der Bischof Johann von Diest (1254–59) in Anspruch zu nehmen, der aus Brabant stammte und sich während seiner Lübecker Regierungszeit mehrfach am Rhein aufhielt. Bei aller Verwandtschaft mit rheinischen Bauten ist das Lübecker Domparadies aber doch ein Werk von durchaus selbständiger Schöpfkraft, so vor allem auch in der glücklichen Verbindung rheinischer Baugedanken mit dem heimischen Baustein und seiner farbigen Wirkung. Zum Schlus ging der Vortragende noch auf einige der bemerkenswertesten Paradesbauten Deutschlands ein, die jedoch in keiner verwandtschaftlichen Beziehung zu unserem Domparadies stehen.

Vom Lübecker Hafenarbeiterstreik. Man schreibt uns: Nachdem die Verhandlungsmöglichkeiten zur Beendigung des Hafenarbeiterstreiks hier am Orte erschöpft waren, hatte der Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung das Reichsarbeitsministerium um Vermittelung eingreifen lassen. Die in Frage kommenden Parteien hatten sich diesem Vorgehen angeschlossen. Es sind darauf achtzig nachmittags unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Cäsar im Reichsarbeitsministerium eine unverbindliche Gründung der Angelegenheit statt. Auch sie hat die Möglichkeit zur Beendigung des Streiks noch nicht geboten, doch wird unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet werden. Der Schlichtungsausschuss wird am Mittwoch nachmittag 2 Uhr in Lübeck zusammengetreten. Die Parteien haben in Aussicht gestellt, zu dem abzugehenden Schiedsspruch im Laufe des Donnerstags Stellung zu nehmen.

Kommunistische Verleumunderpraktiken. Die Rostocker Volkswacht arbeitet den Rostauer Grundhöfen: immer und auf jeden Fall den Gegner zu verleumden. Es ist ja ganz unmöglich, auf jeden Dresdner auf dieses Viehers der Röten habt zu antworten. Nur hin und wieder mag man sie die Finger beschmutzen, um gar zu töten Riedertäschelchen entgegenzuwirken. So leistet sich das unter Ausschluß der Deffertlichkeit erscheinende Blättchen am Sonnabend wieder einmal einen gemeinen Vorfall gegen das Betriebsratmitglied Emil Knapp auf der LVB. Es verdächtigt unsern Genossen sogenannter böser Täter, und faßt sich die Behauptungen auf indirektem Wege aus den Pforten, ohne auch nur eine Spur von Beweismitteln anzuführen. Es behauptet nebenbei, Genosse Knapp sei vom Werle davongejetzt worden. Derweil ist Genosse Knapp seit 1918 ununterbrochen auf der LVB beschäftigt. Die schiefen Darstellungen des Lügenteufel von Berichterstatter werfen dann weiter auf den Genossen Knapp den Vorwurf, er habe sich nicht genügend für das zeitweise entlassene Betriebsratsmitglied Nadel verantwortet. Wenn es dem Schreiber jener Schwundnotiz um die Aufdeckung von Wahrheiten zu tun wäre, dann müßte er eingestehen, daß es gerade den SWD-Betriebsräten zu danken ist, wenn der Kommunist Nadel trotz dessen provozierenden Auftrittens wieder eingestellt wurde. Auf die anderen Vorwürfe über den Staphaus auf der Henderwerft näher einzugehen, verloren sich wirklich nicht der Wühle. Sie sind zu dünn und tragen den oben erwähnten Steinpel des Schwindels, wie er kommunistischen Thatschneldern eigen ist, offen an der Stirn. Die ganze Heze gewinnt erst den richtigen Schwung, wenn man in Bericht zieht, daß in nächster Zeit die Vorstandswahlen des Metallarbeiterverbandes stattfinden, und da hofft man, durch Verleumdungen einen unbedeutenden Kandidaten zur Strecke zu bringen. Gelingen wird den Kommunisten dieser Streich nicht.

Abgabe der Feldbriefe. Als wertvolle Ergänzung des vorhandenen amtlichen Aktienmaterials sammelt das Reichsrat zu Potsdam Feldbriefe, private Kriegstagebücher und sonstige Kriegsereignisberichte. Nur aus ihnen gewinnt der Ge-

richtsforst einen Einblick in das seelische Empfinden der Kämpfenden, den Eindruck, den der Kriegsgeist in Feindesland, der Grabenkrieg, das Auftreten der Flieger, Tanks, der Gasangriff und Minentreppen auf sie gemacht hat. Damit diese wichtigen Aufzeichnungen nicht verloren gehen, wird gebeten, sie dem Reichsarchiv baldig einzuzenden. Will man sie nicht schenken, so leitet man sie als Depotium übergeben und dann später jederzeit zurückverlangen. Persönliche Angelegenheiten, die darin enthalten sind, bleiben geheim. Man kann aber auch die Bedingung stellen, daß die Veröffentlichung aus diesen Schriftstücken nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Einsenders geschehen darf. Will man aber sich nicht von ihnen trennen, so sende man dem Reichsarchiv Abschriften der privaten Kriegstagebücher und interessantesten Feldbriefe. Das Reichsarchiv trägt auf Wunsch in jedem Falle die Postkosten. Auch Mitteilungen, wo sich derartige Sammlungen bereits befinden, sind sehr erwünscht.

Stapellars. Auf der Schiff- und Dockbauwerft Flender A.-G. Lübeck-Siemens, Zweigniederlassung der Brüderbau Flender A.-G., wurde am 2. d. Mts. der zweite einer Serie von 5400-Tonnen großen Ozeandampfern für die Deutsche Levante Linie, Hamburg, glücklich zu Wasser gelassen. Das Schiff, auf den Namen "Rivagia" gebaut, hat folgende Abmessungen: Länge zwischen den Lotsen 102,72 Meter, Breite auf Sparren 14,63 Meter, Seitenhöhe 9,80 Meter, Maschinenleistung 1500 P. S. Es ist der sechste Neubau, der im Laufe dieses Jahres auf der Werft zu Wasser gelassen worden ist. Für die gleiche Reederei wird in den nächsten Tagen ein 3375 Tonnen großer für den Mittelmeerdienst bestimmter Frachtdampfer seine Probefahrt erleben.

Im Kaufhaus Rudolph Karstadt ist im ersten Stockwerk der Zentrale für private Fürstige eine Verkurstauskunft zur Verfügung gestellt worden. Es werden dort für die notleidenden Alten und Kleinkinder sehr schöne, Gegenstände verkauft. Meistens zierten diese das Heim der jetzt in Not Geratenen, der Eltern soll ihnen über die hämmeste Zeit hinweghelfen. Mancher trennte sich wohl nur sehr schwer von den kostbaren. Dafür waren Kaufstücke und Liebhaber für Bilder, Gemälde, Antikalien, geholt, gefährte Sachen sofort in großer Zahl vorhanden und manches Stück wurde sofort verkauft.

pb. Gesternmorgen wurden ein Arbeiter von hier und ein Bader aus Dassel, die hier mit Salvarsan und Quecksilber behandelt hatten. Außerdem besteht der Verdacht, daß die Medikamente, die beschlagahnhnt sind, von einem Diebstahl herführen. pb. Wegen Verdachts mehrerer Einbruchsdiebstähle wurde ein Mechaniker aus Röhrn festgenommen.

pb. Doppelte Bayiere. Bei einer Herbergserevision wurde ein Mann verhaftet, der verschiedene Papiere bei sich führte. Von Ermittlungsdienst wurde festgestellt, daß der Festgenommene Friedrich Seiler heißt und am 11. 2. 1897 zu Dortmund geboren ist. Er wird sich nun wegen intellektueller Urfundsfälschung zu verantworten haben.

pb. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Ranzau, der als Injizie des Landarbeitshauses in Güstrow von der Außenarbeit entwichen und steckbrieflich gefucht wurde.

pb. Erfaßte Schädfische. In der Nacht zum 3. d. Mts. waren zwei in Grötau wohnhafte Arbeiter in den Stall eines Landmannes bei St. Hubertus gedrungen, stahlen ein dort befindliches Schaf, schlachteten dieses und schafften es nach Lübeck, um es hier zu verkaufen. Hierbei wurden die beiden Diebe abgefaßt und hinter Schloß und Riegel gelegt.

pb. Geflüchtete Schädfische. In der Nacht zum Freitag, dem 1. d. M., sind von einem Grab auf dem Allgemeinen Gottesacker drei kurzerne Blumenkästen von 25 bzw. 50 Zentimeter Länge und von einem anderen Grab ein ovaler Blumenkasten von 30 Zentimeter Länge gekohlt worden. Der Anklaf wird dringend gewarnt, oder falls dies schon geschehen, der Aufklauer des verdächtigen Metalls erfaßt, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sommer-Theater. Mittwoch zum ersten Male der Operetten-Schwanz "König Raffae". Die beiden Hauptrollen werden von Reinhold Wolf und Erude Soren dargestellt.

Stadttheater. Mittwoch Shakespeares Lustspiel: "Was ihr mögt". Donnerstag einmaliges Geamtgalaspiel des Hamburger Schauspielhauses: "Der Vater" von Strindberg.

### Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Hoch- und Straßenbahngesellschaft beantragen beim Senat erneute Erhöhung der Fahrtpreise. Diese sollen 50, 70 und 90 M. betragen. Wochenkarten 600 und Monatskarten 4250 M. — Der Hamburger Dom ist wieder eröffnet und erfreut sich am Sonntag eines rießigen Zuspruchs. Er ist wieder verteilt auf den Neuen Friedemarkt Spielbudenplatz, Am Millerntordamm, Brühhaus- und Hopfenmarkt.

## Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 4. Dezember.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird die Wahl des Wortführers vorgenommen. Auf Vorschlag Hau (Soz.) wird der bisherige Wortführer Gustav Ehlers wiedergewählt. — Dietrich (Arbg.) erhebt Widerspruch, wird aber von Hau darüber belehrt, daß die Arbeitsgemeinschaft mit dem Vorschlag einverstanden war. Die Wahl durch Stimmentzettel ergibt folgendes Resultat: Ehlers als Wortführer erhält 51 Stimmen, Hermann Eichenburg (DV) als 1. Stellvertreter erhält 63 Stimmen. Als 2. Stellvertreter erhält Thode (DV) 59 Stimmen. — Dr. v. Brocken hat sein Mandat niedergelegt. Um seine Stelle tritt Herr Peetzhoff. — Klausen (Komm.) beantragt, die Eingabe des Erwerbsrates resp. der Kriegsbeschädigten dem Senat zur Verabsichtung zu überweisen. Der Antrag wird abgelehnt. — Beck (Soz.) und Genossen beantragen diese Eingabe dem Senat als Material zu überweisen. Dies wird angenommen. — Die Wahl des Bürgerausschusses wird nach den Vorschlägen der Fraktionen erledigt. — Genosse die Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen.

Verkauf von Landflächen an die Firma Stanz- und Emballierwerke vorm. Carl Thiel & Söhne, A. G. zu Lübeck. — Herstellung eines Stammgeloses für die Lübecawerke. — Verkauf eines Grundstücks an die Lübecawerke. — Austausch von Landflächen beim Grundstück Luisenstraße 1–9. — Kempf (DR) stimmt den Anträgen zu, fordert aber weit höhere Verkaufspreise. — Senator Henze verweist auf die weit juristischen Verhandlungen. Die Eigenartigkeit auf des Geländes müssen berücksichtigt werden. — Dr. Hau (Soz.): Zurzeit ist die Entscheidung über den Verkauf von Staatslandereien von Fall zu Fall zu entscheiden. Ein Rückkaufrecht des Staates muß gewährleistet werden. Das ist nicht in allen vorliegenden Verträgen der Fall. Insbesondere

darf den Lübecawerken der Verkaufspreis nicht gestundet werden. — Senator Henze empfiehlt die Verabschiedung des diesbezüglichen Antrages. — Dr. Hau (Soz.): Das prinzipsiellen Bedenken können wir dem Verkauf auf der vorliegenden Grundlage nicht zustimmen. — Dr. Neuendorf (Dem.): Für eine Aktiengesellschaft ist ein indirekter Verkauf unannehmbar. Industrieanlagen müssen gefördert werden. — Die Anträge betr. Landverkauf an die Firma Thiel & Söhne und an die Lübecawerke sowie der Austausch von Landflächen beim Grundstück Luisenstraße 1–9 wurden abgelehnt, weil der Preis zu niedrig ist. — Der Antrag: Erhöhung der Gebühren der Verwaltungsbüroden ist durch Einstellung der Tätigkeit des Ausschusses erledigt.

Erhöhung der Erwerbslohnunterstützung. — Steinberg (Soz.) tritt für eine Verbesserung der Lage der Erwerbslohen ein. Zu prüfen sei, ob Lübeck nicht etwas Besonderes für die Erwerbslosen tun könne. Er stellt das Ersuchen, der Senat möge erwägen, ob nicht den länger als 3 Wochen Erwerbslosen und Kindereinkommen eine besondere Zuwendung zu Weihnachten gegeben werden sollte. — Klausen (Komm.) spricht in ähnlichem Sinne. Die Reichsfälle seien zu gering. Die sozialdemokratischen Senatoren lehnen in Gemeinschaft mit ihren bürgerlichen Kollegen dem Erwerbslohnentlast ab. — Senator Bromme: Wir haben wiederholt beim Reich erhöhte Erwerbslohnunterstützung gefordert. Die Sätze sind durchaus nicht ausreichend. Wir haben erneut durch unser Geländer eine Erhöhung verlangt. Verlassen Sie sich darauf, daß das Arbeitsamt mit allen Mitteln verhindert, der Not zu steuern. Mit dem Erwerbslohnentlast haben wir wiederholt verhandelt, wir erkennen aber den Erwerbslohnentlast als solchen nicht an. Das ist Sache der Gewerkschaften resp. des Ortsausschusses. (Siehe richtig b. d. Soz.) Die heutige Zahl der

Erwerbslosen geht über das Normale nicht hinaus. Durch die Ausdehnung des Erwerbslosenrates kann die Not der Erwerbslosen nicht gelindert werden. In besonderen Fällen greift immer das Wohlfahrtsamt ein. Über den Rahmen unserer Macht können wir nicht gehen. Die Not seines ich aus eigener Erfahrung aus meinem langen Leben. Wir hoffen selbst, daß wir zu einer anderen Regelung der Erwerbslosenunterstützung kommen. Dem Antrag Steinberg hoffen wir Rechnung tragen zu können, ohne uns mit dem Reichspräsidenten in Widerspruch zu setzen. — Röhl (Komm.) ist mit der Antwort unzufrieden. Das vorher Gesagte sei nur ein Deckmantel, um die Forderungen der Erwerbslosen zu unterteilen. In der Produktions Arbeitsfürsorge seien Missstände vorhanden. — Senator Bramme erklärt, es sei unrichtig, daß der Senat die Not der Erwerbslosen mit Stillschweigen übergehe. Er selbst habe niemals die Armenbehörde allgemein als Hilfsfach der Erwerbslosen empfohlen. Notwendig sei die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Kein regulärer Arbeiter sei bisher länger als 3 Wochen erwerbslos gewesen. — Steinberg (Soz.) erkennt die Erwerbslosenfürsorge für den lübeckischen Staat als sehr wichtig an. In einzelnen Personen liege jedoch die ungenügende Unterstützung nicht. Die Kommunisten müßten wissen, daß dem Staat das Geld fehle. Diese würden die Mittel hierfür nicht schaffen und auch keine greifbaren Wege zur Beschaffung zeigen. Die Schwierige seien auch hier von den Kommunisten nur als sehr zweifelhafte Quellen angegeben worden. Der Verbraucher als letzter bezahle die Geschichte doch. Gewiß sei das bisher für die Erwerbslosen Geleistete nicht genug. Die Hauptlast sei Arbeitsbeschaffung. — Ein Schlafantrag wird angenommen. Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen. Schluß des Ertrages von Steinberg.

Regelung der Amtsblattfrage. — Röhr (Urba.) beantragt namentliche Abstimmung. — Puls (Soz.) erklärt, seine Fraktion lehne den Vorschlag des Ausschusses ab. Durch die lange Hinausziehung des Antrages sei die Angelegenheit in ein politisches Fahrwasser geraten. Der Redner stellt den Antrag, die amtlichen Anzeigen grundsätzlich im Lübecker Volksboten zu veröffentlichen, dagegen Anzeigen allgemeinen Charakters in allen Zeitungen. — Röhl (Komm.) hält am alten Standpunkt fest. — Eichholz (Dem.) klagt diesen Beschluss. Die Sozialdemokratie teile ihn nicht in der Gemeinschaft. — Die namentliche Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis: 30 Stimmen mit Ja, 28 mit Nein. Der Senatsantrag wird abgelehnt. Das Ertrage von Puls (Soz.) wird mit einfacher Mehrheit angenommen. — Klein (Dem.) erklärt im Namen aller nichtsozialistischen Fraktionen, daß die Sozialdemokratische Fraktion durch ihre Abstimmung bewiesen habe, daß sie kein mehr von sozialen Grundsätzen leiten lässe, sondern lediglich von parteipolitischen Standpunkten. Dieses Vorgehen sei ein Missbrauch der parlamentarischen Gewalt von einer Mehrheit. Die Sozialdemokratie habe früher aus sozialen Gründen einen gegenteiligen Standpunkt eingenommen. Eine erträgliche Minorität sei durch weitere Teilnahme an den Bürgermeisterwahlen nicht zu erreichen, deshalb zwinge die Sozialdemokratische Fraktion die bürgerlichen Parteien, den Verhandlungen verständig fortzuführen. (Die Rechte verläßt den Saal. Zuruf: Auf Niedersachsen!) Die Verantwortung für diese Maßnahme liegt lediglich der sozialdemokratischen Fraktion zu. (Zuruf bei den Soz.: Politische Kündigung!) Weitere Beschlüsse behalte sich die Rechte vor.

Vorständter Chlars erläutert, da auch die freilich vertretenen Vertreter des Saal verlassen, wenigstens noch Höflichkeit zu bewahren und ihm anzuhören. Wenn aus ein Beistellung gegen den Willen einer Minorität gesetz sei, so sollte die Minorität doch den in jedem Parlament üblichen Mehrheitsbeschuß reponieren. (Zuruf: Sehr richtig!) Wenn selbst die stellvertretenden Vertreter des Saal verlassen, dann wisse man tatsächlich nicht, wie man dieses Verhalten bezeichnen soll. Die Bürgerschaft sei in jeder Weise bereit, die Bedürfnisse und Wünsche, die Verhandlungen weiterzuführen. Die übrigen Fraktionen würden auch in Übereinstimmung mit den Interessen der Bürgerschaft mehrere und das Beste für die Bevölkerung erstreben. — Auf Antrag Haut (Soz.) wird die Sitzung auf kurze Zeit verzögert.

Nach Verlauf einer Viertelstunde wird die Sitzung in Abwesenheit der bürgerlichen Mitglieder weitergeführt.

Gründung einer selbständigen Gemeinde Moorgarten. Anerkennung der Landgemeindeordnung. — Heuer (Soz.) stimmt im Namen der Fraktion zu, macht aber einige Einwendungen gegen die Begründung. Die Wege von Niendorf nach Moorgarten und andere seien in sehr schlechtem Zustande und häufig vernachlässigt worden. Solange Verbesserung sei unabdinglich notwendig. Falls keine von Moorgarten zu untersuchen seien, müßten diese in Lübeck untersucht werden. Meister gibt den Redner Antrittungen über Gemeindeland und Gemeindewesen, sowie über die Leistungen der Späle. Keiner will, wer die Schulhäuser übernehmen soll. Eine baldige Auflösung der Soz. sei notwendig. — Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Beteiligung an den Kosten der künftigen Ausbildung der Kinder im Sitzungsraum des vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit Glasmalereien. — Frau Greve (Komm.) erläutert um Aufklärung des Antrages. Herr Stimes möge in seine Tafeln greifen. — Haut (Soz.) stimmt dem nicht zu. Der Reichswirtschaftsrat gebe aus dem Betriebsvertragssatz hervor. Den gewonnenen Kurz bedauert und seine Fraktion über unser neues Land sowie gegen diese Beschlüsse nicht eingehen. — Röhl (Komm.) bezeichnet es als Standort, daß weiter Betriebsvertragssatz noch Reichswirtschaftsrat bisher geleschen geblieben sei. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Ermäßigung weiterer Mittel für das Stadttheater und Opernhaus. — Eichholz (Komm.) lehnt die Vorlage ab. Die Galerien zum größten Teil der Bourgeoisie zugehörig. Den Bürgern angehörigen und Mitgliedern müsse ein auskömmlicher Preis gezahlt werden. — Senator Löwengard: Dieser Tarif hat auch der Senat. Seiner ist es nicht nach jeder Richtung möglich. Die Preise sind allerdings höher als angegeben. Genug ist es leider nicht und eine Erhöhung wird notwendig sein. Die Mittel soll der Staat nicht allein tragen, auch die Theatervorsteher sollen befragt werden. Eine Schaffung des Tarifs würde den am Theater Befürchteter kein zum Schaden gereichen. Die Preise für die niederen Clässen sind nicht höher als die der Kinos, die auch viele Arbeit haben. Wenn dort das Geld ausgebracht werden kann, so auch für das Theater. Nicht zu vergessen die Befreiung, die vielen billige Theatervorsteher ermöglicht. — In den Opernhausern sind die Kinderbenötigten fast immer eingeschlossen. Diese Einschließung zu verbieten, würde für manche reiche Gewerbetreibende kein Schaden sein. Schaffen Sie der Vorlage zu, was den Theatervorsteher die Einschließung zu gestatten. — Röhl (Komm.): Wir lehnen diese indirekte Befreiung der Theatervorsteher ab, obwohl wir gegen das Theater es ja nichts haben. — Der Senatsantrag wird abgelehnt.

Studierung der Vereinigung der für Gas, Elektricität und Wasser gefährdeten Betriebe. — Röhl (Komm.) legt den Antrag ab. Das neue Verfahren bringt Sicherung für einen Teil der Betriebsfreiheit. — Senator Löwengard: Hier besteht es nun nur in einem Fall aussichtsloser Betriebsfreiheit. — Der Senatsantrag wird angenommen.

Sieg des Rechtsrates zu den Rentenangelegenheiten und Grund des Rechtsrates über die Pflichten der Beamten zum Schutz der Republik. — Eichholz (Komm.) beantragt die Erweiterung der Rente „versicherungsfähiger“ zum „gefährlichen“ und „unversicherbaren“. Wenn die Beamten Unfallvergnügen haben, die beschäftigende Republik zu finanzieren, müssen die Kommunisten selbst für die Finanzierung der beschäftigenden Republik eintreten. Auch die Worte „im Dienst“ sollten geblieben werden. Das ist unzureichend, um überredenden Beamten gleich im ersten Schritt zu geben, daß es auf dem Dienst diese seien. Weitere Rentenangelegenheiten zur gegen die kommunistische Partei ausgetragenen Diskussionen werden ausgetragen werden. Schluß der Sitzung dieser wichtigen Sondersession. — Dr. Haes (Soz.): Die

sozialdemokratische Fraktion ist nicht in der Lage, die ersten Forderungen der Kommunisten zu bewilligen. Dagegen stimmt sie den anderen Forderungen zu. — Senator Dr. Vermeulen sieht die Anträge als zu weitgehend an. Die beantragten Streichungen würden die Vorlage zu einem Ausnahmegesetz gegen bestimmte Parteien machen und gegen die allgemeine Annahme im Reich verstoßen. — Eichholz (Komm.) ist der Ansicht, daß wir uns in Lübeck nicht nach den Reichsbestimmungen zu richten hätten. Die Mehrheit müsse von ihrem Rechte Gebrauch machen. — Die Streichung des Wortes „verfassungsmäßige“ im ersten Absatz wird abgelehnt, ebenso daselbe Wort in einem weiteren Absatz. Dagegen werden die anderen von Eichholz gestellten Forderungen angenommen und damit die Vorlage.

Erhebung einer Abgabe zur Deckung der Kosten für das Feuerlöschwesen und die Straßenreinigung.

Gebührentarif des Katasteramtes. — Wolfradt (Soz.) erläutert den Ausführungsberichten zu gestimmen. — Brechner (Soz.) stellt einige Abänderungen, denen zugestimmt wird. — Die beiden Senatsvorlagen werden angenommen.

Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses zum Antrag Dr. Gebhardt wegen Streichung von Abs. II und III des § 3 des Gesetzes betreffend die Grundsteuer. — Auf Antrag Haut (Soz.) wird dem Antrag Dr. Gebhardt zugestimmt. Die Kommunisten erheben Einwand gegen einen Teil.

Antrag Eichholz (Komm.): Die Bürgerschaft ersucht den Senat, gegen die Lehrer an der III. St.-Lorenz-Knabenschule, Lehrer Niemann, Lehrer Heid, Lehrer Nagels und Lehrer Schulze die Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu verfügen. Bis zum Abschluß des Disziplinarverfahrens sind die Lehrer vom Amte zu suspendieren. — Wird abgelehnt.

Ein Antrag auf Schaffung einer Behörde für den Ankauf von Edelmetallen findet keine Unterstützung.

Der Bürgerausschuß sieht sich in Zukunft aus folgenden Mitgliedern zusammen: Sozialdemokraten: Haut, Große, Brehmer, Frau Mengel, Karl Möller, Thies, Schröder, Reppen, Steenberg, Bieg, Wagner, Börsigke. Kommunisten: Röhl, Frau Greve. Deutsche Volkspartei: Foerster, Dr. Gebhardt, Stochschildt. Demokraten: Klein, Eichholz, Neuholdt. Deutschnationale: Hentz, Arbeitsgemeinschaft: Dietrich, Hetti, Rosengrund.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Auskündigung von Kleingärtner.

Kleingärtner sind nach der Kleingartenordnung, einem Reichsgesetz, unfürbar. Diese Vorschrift ist zwingender Art. Nur aus wichtigem Grunde, z. B. laufende Bebauung, ist eine Kündigung zulässig. Diese hat unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu erfolgen. Da für den Kleingärtner nicht so leicht zu erkennen ist, ob tatsächlich ein wichtiger Kündigungsgrund vorliegt, wird er immer am besten tun, die Kündigung nicht anzunehmen, sondern ausdrücklich solange abzuwarten, bis ihm der Beweis für die gegenseitige Behauptung, z. B. durch Vorlage der genehmigten Baupläne usw. erbracht ist. Seine Sache ist es nicht, diesen Beweis zu führen und er hat keinen Grund, hinter dem Kündigungsberichtigten herzulaufen. Erfolgt bis zum Frühjahr keine Entfernung oder Kündigung, so wird der Kleingärtner zu Recht sein Land weiter bestellen. Wird ihm aber gesetzwidrig die weitere Nutzung seines Gartens entzogen, so muß er im Wege der einschlägigen Verfügung sein Recht sichern. Praktisch wendet er sich, wenn ein solches Verlangen auf Rüttung an ihn herantritt, zwecks Rüttung an seinen Verein. Anlaß zu dieser Aufklärung gibt das merkwürdige Verhalten zweier bisheriger Firmen. Die eine, eine Eisenfabrik, kündigte einem Teil ihrer Kleingärtner, die sie bei Rau übernommen hat, am 8. November d. J. zum 1. November d. J. Nach rücksichtsloser Verjährung die Firma Stanz und Emaillierwerke, vorm. Carl Thiel & Söhne, Hunderte von Kleingärtner los zu werden. Beide Firmen haben eines gemeinsam bei ihrem Tun: sie jagen unter dem Vorwand, bauen zu wollen, e. II's ihre Nachbar los zu werden, also auch die, deren Parzellen für eine Bebauung nicht in Betracht kommen. Es wird Sach des Kleingärtnergerichts, das vom Senat einzurichten noch vergeben ist, kein hier eine beide Teile gerechtwerdende Entscheidung zu treffen. Die Finanzbehörde muß entscheiden, wenigstens in einem Fall, da sie durch den Verlauf ein Interesse am Ausgang des Rechtsstreites hat. C. Herber.

Vom Inhabermeidiger Seite wird uns hierzu geschrieben: Die rechtliche Lage ist, wie wir, in Bezug auf die Wichtigkeit des Gegenstandes, erstaunlich bemerkbar wollen, in diesem Sprechsaal Artikel dreimal nicht richtig gekürzt worden. Gewiß ist es zwingendes Recht nach der Kleingartenordnung vom 31. Juli 1919, daß Pachtverträge mit Kleingärtner nicht gefündigt werden dürfen. Nur wenn ein „wichtiger Grund“ vorliegt, findet nach § 5 Abs. 2 der Verordnung diese Vorschrift keine Anwendung. Aber was ist nun ein wichtiger Grund? In der Begründung des Gesetzesrates war bereits hießt der Regierung die Zulässigkeit eines Grundstücks der Bebauung als ein solcher wichtiger Grund im Sinne des Gesetzes bezeichnet worden. In seinen Rücksichten für den Erhalt von Ausführungsbestimmungen vom 1. Oktober 1919 hat dann aber kan der Reichswirtschaftsminister darauf hingewiesen, daß für die Frage, unter welchen Bedingungen die Kleingärtnerlichen Interessen vor anderen wirtschaftlichen Geschäftszwecken aufzuhalten haben, auch der Grundstücks aufzuheben ist, doch wohl wichtiger privatwirtschaftlicher Gründe auf Seiten des Verkäufers einen Grund zur Kündigung abgeben könnten. Will beispielweise ein Eigentümer auf seinem bisher kleingärtnerischen Grundstück einen Lagerplatz für seine eigenen gewerblichen Zwecke errichten, erzieht auch nach den Geländebedingungen die Errichtung von Lagerplätzen in der bestehenden Größe zweckmäßig, so liegt nach dem vom Reichswirtschaftsminister erkannten Richtlinien ein „wichtiger Grund“ vor, der die Kündigung der in Betracht kommenden Kleingärtnerparzellen gewährt. Das mit dem Sohne des Gesetzes betrauten Beauftragte wird ganz allgemein vom Reichswirtschaftsminister die Aufgabe zugewiesen, einen biligen Ausgleich der Interessen der Kleingärtner und der privatwirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer zu suchen. Von einer solchen härteren Betonung des Grundstücks der Haltbarkeit der Kleingärtnerparzellen auf der Reichswirtschaftsminister dringend ab, weil eine solche nach seiner Meinung sehr leicht zu einer Zerstörung der Grundstückseigentümer bei der Vergrößerung der Grundstücks zur Kleingärtnerzusage führen könnte. Nun unterschätzt darf bleiben, daß auch in dem Verhältnis eines Kleingärtnermöchtegern ein wichtiger Grund zur Bebauung oder Rückgewinnung des Pachtverhältnisses gegeben ist: es kommt da z. B. in Betracht: militärische Führung (z. B. ist ein Gemeindewohnungsamt in einem Falle in dem Interesse, daß der Kleingärtner möglichst in dem bestehenden Gebäude bleibt, seinem Nachbarn Pachtfeind aus dem Garten zugezogen zu geben, einen weiteren Grund zur Bebauungserlaubnis erzielen), lieberliche Besitzübertragung der Parzelle, hohe Vermietung, Nichtzahlung der Rente und Bergabgaben mehr. Das ehemals zu erzielen doch wesentlich weiter zu gehen und zwar die Frage einer Kündigung erhebt, was die „wichtiger Grund“ für die Kündigung eines Kleingärtner ausmachen. Sollende obwohl es es, wenn der Eigentümer des Kleingärtnermöchtegern die Kündigung an-

wolle, würde sich lediglich unwissen Laufereien und Geldkosten aufsetzen. Denn § 4 der Kleingartenordnung bestimmt nicht unmittelbar, daß alle Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Vorschriften der §§ 1—3 der AGO ergeben, unter Ausführung des Rechtsweges durch die untere Verwaltungsbehörde entschieden werden. Daraus ergibt sich klar für jedermann die unzulänglichkeit der ordentlichen Gerichte. In Lübeck werden die Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde aus §§ 1—4 AGO gemäß den Ausführungsbestimmungen vom 20. Januar 1920 der Finanzbehörde, Abteilung für Städtegüter, wahrgenommen. Gegen ihre Entscheidung ist lediglich noch binnen zwei Wochen nach Zustellung des Bescheides die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde (Senatsausschuß für Gewerbe- und Versicherungswesen) gestattig, die dann endgültig entscheidet. Ein weiteres Rechtsmittel gibt es nicht.

Zuletzt regt der Einsender noch ein Kleingartenrecht des Sprechsaals an, das, wie er sagt, „noch vergessen ist.“ Dazu ist zu bemerken, daß der Senat diese Einrichtung durchaus nicht vergessen hat. Durch § 4 der lübeckischen Ausführungsbestimmungen ist, entsprechend § 6 AGO, das Sprechsaalamt beim Wohlbehörden ermächtigt. Somit ist allerdings der Senat als Vorsitzende des Sprechsaalartikels in Vorschlag gebracht. Schon sehr bald ließ jedoch beim preußischen Wohlbehörden ein, daß der Minister bereits unter der 7. November 1920 größtmögliche Zurückhaltung in der Erteilung dieser Ermächtigung an die Einigungsräte usw. zu üben empfahl. Wo auf Grund der Ausführungsbestimmungen Einigungsräte zur Wahlneigung der Beauftragten der unteren Verwaltungsbehörde bereits bestellt worden waren, sollte es zwar kein Beweis haben, aber der Minister stellte anheim, die Zustellung der Beauftragung dieser Beauftragten zu veranlassen. Nachdem sich in Preußen die Unmöglichkeit des Vorschlags bereits praktisch erwiesen hat, dürfte in Lübeck keine Rücksicht mehr bestehen, das vom Einsender nochmals empfohlene Recht zu wiederholen.

## Neue Bücher.

(Sämtliche hier besprochenen und aufgeführten Bücher sind durch die Buchhandlung des Lübecker Volksboten zu beziehen.)

Hans Günther, *Taten der Technik*. Ein Buch unserer Zeit. Mit Beiträgen von hervorragenden Fachgelehrten. In 20 Tafeln mit 20 farbigen Tafeln, 40 ganzseitigen Porträts und über 50 teils ganzseitigen Bildern im Text. 1922, Leipzig, Raether u. Co. L.-G. Grundpreis jeder Tafel 2, mal Leistungszahl des Börsenvereins. Erschienen: Taf. 1 bis 3. Das Werk ist ganz von den brauenden technischen Leben unserer Zeit erfüllt. Es hat sich die Aufgabe gestellt, die technischen Glanzleistungen der Neuzeit Wort und Bild allgemeinverständlich zu erhalten. Die erste Lieferung beginnt mit einer glänzend illustrierten Schilderung des Herausgebers: „Quer durch den Lößberg — die Wunder der jungen Alpenbahnen“. Ein anderer Beitrag führt uns in Worte und Bild ein modernes Eisenwalzwerk vor Augen.

## Statistik der Lebensmittelpreise in Lübeck.

nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamtes Lübeck v. 1./2. Dez. 1922

	Kleinhandelspreis für 1 Pfund in M.				Mittelhandelspreis für 1 Pfund in M.
	1921	1922	1921	1922	
Kleinfleisch: Rostfleisch	450.—	600.—	300.—	300.—	Gemüse und Obst
Kalbfleisch	550.—	650.—	310.—	310.—	Rote Beete
Schweinefleisch: Rostfleisch	320.—	450.—	260.—	260.—	Kohlriß
Bratfleisch	350.—	500.—	380.—	380.—	Stielröhren Rüben
Gammelfleisch: Bratfleisch	550.—	560.—	300.—	300.—	Rhabarber
Bratenfleisch	550.—	600.—	300.—	300.—	Spinat
Schweinefleisch: Bratfleisch	700.—	720.000	600.000	300.000	Brokkoli
Bratfleisch	700.—	720.000	600.000	300.000	Tomaten
Pferdefleisch: Rostfleisch	200.—	200.000	180.000	180.000	Möhren
Bratfleisch	240.—	250.000	20.000	20.000	Wirsing
Leberkäse I	800.—	920.000	800.000	800.000	Kartoffeln
Leberkäse II	600.—	680.000	400.000	400.000	Brotscheiben
Mettwurst: gekochte	800.000	920.000	800.000	800.000	Bratwürste
geräucherte	1000.000	1200.000	1000.000	1000.000	Würstchen
Speck: geräuch., frischer	950.000	1000.000	900.000	900.000	Bratwürstchen
„frischer“	950.000				